

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion

Nr.: **A 17/0216-01**

Status: öffentlich

Datum: 06.03.2017

Einführung der "Gelb-Roten" und "Roten Karte" bei Ordnungswidrigkeiten

Antrag der CDU-Fraktion für die Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten, Sicherheit und Ordnung am 23.03.2017

Beratungsfolge

Status	Gremium
Ö	Ausschuss für Bürgerangelegenheiten, Sicherheit und Ordnung

Beschlussvorschlag:

Die CDU-Fraktion beantragt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung des Essener Modells ein Konzept zu entwickeln, das zukünftig den Streifendiensten des Ordnungsamtes und der Polizei die Möglichkeit gibt, Ordnungswidrigkeiten nicht nur mit einer „Roten Karte“ und mit Geldbußen zu ahnden, sondern auch mit „Gelb-Roten Karten“ Verwarnungen ohne Geldbuße auszusprechen.
2. Die Verwaltung stellt dieses Konzept in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten, Sicherheit und Ordnung im Juni 2017 vor.

Sachverhalt:

In der Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten, Sicherheit und Ordnung am 3. Juni 2016 sprach die CDU-Fraktion die Wiedereinführung von „Roten Karten“ bei Verwarnung und Ahndung festgestellter Ordnungswidrigkeiten an. Das Ordnungsamt wies damals daraufhin, dass im Unterschied zur früher eingesetzten „Roten Karte“ nicht mehr Verwarnungen erteilt, sondern nur noch entsprechende „Knöllchen“ gemäß des bestehenden Bußgeldkatalogs verteilt werden. Daher besteht für den CityDienst derzeit nur die Möglichkeit, entweder „Knöllchen“ bzw. Geldbußen zu verhängen oder wenig eindrucksvoll darauf zu verzichten. Die vorgeschlagene Erweiterung mit der „Gelb-Roten Karte“ und der Verwarnung ohne Geldbuße würde die Bemühungen der (gemeinsamen) Ordnungsamts- und Polizeistreifen zur Aufklärung der „ertappten Sünder“ über die festgestellte Ordnungswidrigkeit wirkungsvoll unterstützen. Die Verteilung der „Roten Karte“ wäre dann vor allem im Wiederholungsfall der finale Schritt zur Ahndung der Ordnungswidrigkeiten und zur Verhängung von Geldbußen.

Wolfgang Michels
Fraktionsvorsitzender

Markus Püll
Ausschusssprecher